

Anwohner sagen Ja, aber

Mehrheit für eine Flüchtlingsunterkunft in der Gartenstraße / Konzept für Quartier

Die Tübinger Stadtverwaltung will auf dem Werkhof-Gelände beim Stauwehr Wohnraum vor allem für Flüchtlinge schaffen. Anwohner der Gartenstraße sind im Grundsatz einverstanden, wünschen aber weiterhin eine Aufwertung des Parks und des Neckarufers. Das wurde jetzt bei einer Versammlung der Initiative Gartenstraße deutlich.

Gernot STegert

Tübingen. Zwischen der Tennishalle und der Werkhof-Halle beim Stauwehr an der Brückenstraße liegt das Werkhof-Gelände. Die Initiative Gartenstraße (IG) und andere Anwohner - unter anderem die Gruppe "Leben in der Gartenstraße" - möchten den ganzen Raum mit Park, Spielplatz und Zugang zum Neckar schon länger aufwerten. Jetzt aber hat die Stadtverwaltung das Grundstück als Standort für eine Flüchtlingsunterkunft für 70 bis 90 Menschen auserkoren. Bei einer Bürgerversammlung der IG im Ruderclub Fidelia waren diese Pläne das Thema. Dort waren auch Anwohner dabei, die sich nicht von der IG vertreten sehen. Baubürgermeister Cord Soehlke stand Rede und Antwort.

Im Vorfeld hatten sich 50 von 420 Nachbarn im Umkreis des Werkhofs schriftlich geäußert, berichtete Reinhild von Brunn von der IG dem TAGBLATT. "Erwartungsgemäß war die Spannbreite der Argumente enorm." Von "Angst um Frauen und Kinder", "Bewahrt die grüne Lunge" bis zu "Herzlich willkommen!" seien Ängste, Bedenken und Hoffnungen geäußert worden. 105 Anwohner kamen dann zur ersten Versammlung in Tübingen zum Thema Flüchtlingsunterbringung auf Quartiersebene.

Von Brunn teilte mit: "Erstaunlicherweise wurden bei der Veranstaltung nur wenige der schriftlich eingereichten Befürchtungen geäußert. Hier überwog der Wille zum Konsens." Einigkeit bestehe zwischen Stadtverwaltung und IG darin, dass es sich beim Werkhofgelände durch seine Lage zwischen Österberghang und Neckar um ein besonderes Grundstück ("Filetstück") handelt, mit dem sorgsam umgegangen werden müsse und das für eine schnelle Notlösung zu schade und kostbar sei.

Nach ausführlicher Diskussion wurde zu zentralen Eckpunkten mit einem elektronischen System abgestimmt, wie es beispielsweise von der Zuschauerfrage bei der Fernsehsendung "Wer wird Millionär?" bekannt ist. Die IG hatte sich die Technik von der Hochschule Nürtingen ausgeliehen. Die Ergebnisse waren:

Fast die Hälfte (42 Prozent) waren für einen Kompromiss: maßvolle Bebauung und Erweiterung des Parks zum Neckar hin. Die Alternativen Bebauung des Werkhof-Geländes mit maximaler Ausnutzung des Raums (36 Prozent) und Parkerweiterung ohne Gebäude (21 Prozent) fanden deutlich weniger Rückhalt. Das heißt anders gezählt auch: 78 Prozent akzeptieren die Bebauung und 63 Prozent sagen: Park und Spielplatz sollen zum Neckar hin erweitert werden.

Wenn das Gelände überbaut wird, dann soll es eine dauerhafte Bebauung und keine provisorische sein. Darin waren sich 95 Prozent der Anwesenden einig.

Bei der Größe des Gebäudes gingen die Meinungen auseinander. 43 Prozent stimmten für Wohnraum für 90 Personen, 30 Prozent für 60 Personen und 27 Prozent für 30 Personen.

Klar war das Ergebnis bei der Belegung des Gebäudes: 93 Prozent wollen eine Mischung aus Flüchtlingen und heimischen Bewohnern, 73 Prozent plädierten für einen Mix aus Singles und Familien.

77 Prozent sprachen sich für einen sozialen Begegnungsraum aus.

Breit gestreut sind die Ansichten zu den Parkplätzen vor dem Werk-Gelände. 37 Prozent wollen wegen des Zuzugs mehr Parkplätze, 36 Prozent wollen sie erhalten und 27 Prozent wollen die Zahl verringern.

Soehlke will die Bebauung im sogenannten Konzeptverfahren nach den besten Ideen vergeben. Als Bedingungen formulierte er an dem Abend: dauerhafte Bebauung mit Wege-Verbindungen am Neckar, zum Neckar und zwischen Park und Neckar. Grundsätzlich legt die Stadt für die Unterbringung von Flüchtlingen folgende Maßstäbe an: Wie realistisch ist ein Konzept? Wie wirtschaftlich? Wie schnell ist es umsetzbar? Das Gebäude sollte 2017/18 bezugsfertig sein. Was haben die Nachbarn davon? Gibt es ein Konzept nach der Nutzung durch Flüchtlinge? Die Miete darf nicht mehr als neun Euro je Quadratmeter kosten.

Der Baubürgermeister stellte den Anwohnern in Aussicht, sie in den Planungsprozess einzubeziehen - wenn der Gemeinderat dies unterstütze. Auf TAGBLATT-Nachfrage erklärte Soehlke, in der Gartenstraße sei der Rahmenplanprozess ein gutes Beispiel gewesen. In anderen Stadtteilen könne er sich eine Beteiligung der Ortsbeiräte vorstellen. In jedem Fall rechnet er mit einem "intensiven" Prozess.

Die Initiative Gartenstraße wurde 2009 anlässlich der Bebauung der Hundskapfklänge gegründet. Drei Jahre lang saßen ihre Vertreter am Runden Tisch Gartenstraße mit der Stadt, um einen Rahmenplan zu erarbeiten, den der Gemeinderat im Mai 2013 beschloss. Bereits bei diesen Gesprächen war deutlich, dass die Verwaltung das Werkhof-Gelände eher bebauen und die IG den Park bis zum Neckar als Ausgleich für die Verdichtung im Umfeld erweitern will. IG wie "Leben in der Gartenstraße" fordern ein umfassendes Konzept für Wohnen, Begegnung und Verkehr im Bereich Werkhof und Park.

Die Initiative Gartenstraße und ein alter Konflikt

Anwohner sagen Ja, aber

Mehrheit für eine Flüchtlingsunterkunft in der Gartenstraße / Konzept für Quartier

Die Tübinger Stadtverwaltung will auf dem Werkhof-Gelände beim Stauwehr Wohnraum vor allem für Flüchtlinge schaffen. Anwohner der Gartenstraße sind im Grundsatz einverstanden, wünschen aber weiterhin eine Aufwertung des Parks und des Neckarufers. Das wurde jetzt bei einer Versammlung der Initiative Gartenstraße deutlich.

GERNOT STEGERT

Tübingen. Zwischen der Tennishalle und der Werkhof-Halle beim Stauwehr an der Brückenstraße liegt das Werkhof-Gelände. Die Initiative Gartenstraße (IG) und andere Anwohner – unter anderem die Gruppe „Leben in der Gartenstraße“ – möchten den ganzen Raum mit Park, Spielplatz und Zugang zum Neckar schon länger aufwerten. Jetzt aber hat die Stadtverwaltung das Grundstück als Standort für eine Flüchtlingsunterkunft für 70 bis 90 Menschen auserkoren. Bei einer Bürgerversammlung der IG im Ruderclub Fidelia waren diese Pläne das Thema. Dort waren auch Anwohner dabei, die sich nicht von der IG vertreten sehen. Baubürgermeister Cord Soehlke stand Rede und Antwort.

Im Vorfeld hatten sich 50 von 420 Nachbarn im Umkreis des Werkhofs schriftlich geäußert, berichtete Reinhild von Brunn von der IG dem TAGBLATT. „Erwartungsgemäß war die Spannbreite der Argumente enorm.“ Von

„Angst um Frauen und Kinder“, „Bewahrt die grüne Lunge“ bis zu „Herzlich willkommen!“ seien Ängste, Bedenken und Hoffnungen geäußert worden. 105 Anwohner kamen dann zur ersten Versammlung in Tübingen zum Thema Flüchtlingsunterbringung auf Quartiersebene.

Von Brunn teilte mit: „Erstaunlicherweise wurden bei der Veranstaltung nur wenige der schriftlich eingereichten Befürchtungen geäußert. Hier überwog der Wille zum Konsens.“ Einigkeit bestehe zwischen Stadtverwaltung und IG darin, dass es sich beim Werkhofgelände durch seine Lage zwischen Österberghang und Neckar um ein besonderes Grundstück („Filetstück“) handelt, mit dem sorgsam umgegangen werden müsse und das für eine schnelle Notlösung zu schade und kostbar sei.

Nach ausführlicher Diskussion wurde zu zentralen Eckpunkten mit einem elektronischen System abgestimmt, wie es beispielsweise von der Zuschauerfrage bei der Fernsehsendung „Wer wird Millionär?“ bekannt ist. Die IG hatte sich die Technik von der Hochschule Nürtingen ausgeliehen. Die Ergebnisse waren:

● Fast die Hälfte (42 Prozent) waren für einen Kompromiss: maßvolle **Bebauung und Erweiterung des Parks** zum Neckar hin. Die Alternativen **Bebauung des Werkhof-Geländes mit maximaler Ausnutzung des Raums** (36 Prozent) und **Parkerweiterung ohne Gebäude** (21 Prozent) fanden deutlich weniger Rückhalt. Das heißt an-

ders gezählt auch: 78 Prozent akzeptieren die **Bebauung** und 63 Prozent sagen: **Park und Spielplatz** sollen zum Neckar hin erweitert werden.

● Wenn das Gelände überbaut wird, dann soll es eine **dauerhafte Bebauung** und keine provisorische sein. Darin waren sich 95 Prozent der Anwesenden einig.

● Bei der Größe des Gebäudes gingen die Meinungen auseinander. 43 Prozent stimmten für **Wohnraum für 90 Personen**, 30 Prozent für 60 Personen und 27 Prozent für 30 Personen.

● Klar war das Ergebnis bei der **Belegung** des Gebäudes: 93 Prozent wollen eine **Mischung** aus Flüchtlingen und heimischen Bewohnern, 73 Prozent plädierten für einen Mix aus Singles und Familien.

● 77 Prozent sprachen sich für einen sozialen **Begegnungsraum** aus.

● **Breit gestreut** sind die Ansichten zu den **Parkplätzen** vor dem Werk-Gelände. 37 Prozent wollen wegen des Zuzugs mehr Parkplätze, 36 Prozent wollen sie erhalten und 27 Prozent wollen die Zahl verringern.

Soehlke will die **Bebauung** im sogenannten Konzeptverfahren nach den besten Ideen vergeben. Als Bedingungen formulierte er an dem Abend: **dauerhafte Bebauung** mit Wege-Verbindungen am Neckar, zum Neckar und zwischen Park und Neckar. Grundsätzlich legt die Stadt für die Unterbringung von Flüchtlingen folgende Maßstäbe an: Wie **realistisch** ist ein Konzept? Wie **wirtschaftlich**? Wie **schnell** ist es umsetzbar? Das Gebäude sollte 2017/18 **bezugsfertig** sein. Was haben die Nachbarn davon? Gibt es ein Konzept nach der Nutzung durch Flüchtlinge? Die **Miete** darf nicht mehr als **neun Euro** je Quadratmeter kosten.

Der **Baubürgermeister** stellte den Anwohnern in Aussicht, sie in den Planungsprozess einzubeziehen – wenn der Gemeinderat dies unterstütze. Auf TAGBLATT-Nachfrage erklärte Soehlke, in der Gartenstraße sei der Rahmenplanprozess ein gutes Beispiel gewesen. In anderen Stadtteilen könne er sich eine **Beteiligung der Ortsbeiräte** vorstellen. In jedem Fall rechnet er mit einem „intensiven“ Prozess.

Die Initiative Gartenstraße und ein alter Konflikt

Die Initiative Gartenstraße wurde 2009 anlässlich der **Bebauung der Hundskapfklänge** gegründet. Drei Jahre lang saßen ihre Vertreter am **Runden Tisch Gartenstraße** mit der Stadt, um einen **Rahmenplan** zu

erarbeiten, den der Gemeinderat im **Mai 2013** beschloss. Bereits bei diesen **Gesprächen** war deutlich, dass die **Verwaltung** das Werkhof-Gelände eher **bebauen** und die IG den **Park bis zum Neckar** als

Ausgleich für die **Verdichtung** im Umfeld erweitern will. IG wie „**Leben in der Gartenstraße**“ fordern ein **umfassendes Konzept** für **Wohnen, Begegnung** und **Verkehr** im Bereich **Werkhof und Park**.

Quelle

Verlag
Publikation
Ausgabe
Datum
Seite
"Deep-Link"-Referenznummer

: Schwäbisches Tagblatt GmbH
: Schwäbisches Tagblatt - Tübingen
: Nr.35
: Freitag, den 12. Februar 2016
: Nr.20
: 'PRINTSTORY_8929777'

MD5Base64Hex: 'F8CC235D93C3693CA104397E2023D4E5'